

Haushaltsrede der SPD-Fraktion - Es gilt das gesprochene Wort -

„Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren,

Der vorliegende Entwurf des Haushaltsplanes für das Jahr 2005 dokumentiert drei Entwicklungen, die die Haushaltslage der Stadt seit Jahren kennzeichnen.

Erstens: Die seit 2002 beschlossenen Maßnahmen der Haushaltskonsolidierung beginnen zu wirken. Keine dieser Maßnahmen hat der Stadtrat leichten Herzens beschlossen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung haben Veränderungen und Einschnitte mitgetragen. Die Absenkung der Personalausgaben wäre ohne die personalwirtschaftlichen Maßnahmen und den Sozialtarifvertrag nicht zu erreichen gewesen. Durch Einkommensverzicht haben alle Mitarbeiter der Verwaltung in beträchtlichem Maße zur Haushaltskonsolidierung beigetragen. Das sollte der Rat mit Anerkennung und Dank zur Kenntnis nehmen.

Zweitens: Die Haushaltslage hat sich trotz dieser Anstrengungen nicht verbessert. Das strukturelle Defizit betrug 2002, 34,7 Mio. €, 2003 64,3 Mio. €, 2004, 82 Mio. €. 2005 wird der Fehlbetrag um weitere 54,9 Mio. € steigen. Die Summe der Defizite wird am Ende dieses Jahres damit mehr als 250 Mio. € betragen. Das entspricht mehr als 50 % des Verwaltungshaushaltes 2005.

Dass die kommunalen Haushalte in der Bundesrepublik sich insgesamt ähnlich entwickeln wie in Halle, macht unsere Verantwortung nicht kleiner. Aber: Es macht auch klar, dass kleinkarierte Schuldzuweisungen an Einzelne fehl am Platze sind.

Denn drittens ist festzustellen, dass alle unsere Anstrengungen durch die Landesregierung konterkariert werden. Keine der Vorgängerregierungen hat den Kommunen so schamlos und tief in die Tasche gegriffen, wie die Regierung Böhmer. Sanken die Zuweisungen des Landes an die Kommunen zwischen 1995 und 2001 um etwa 200 Mio. € sind es in den nur vier Jahren 2002 bis 2005 knapp 600 Mio. €, die den Kommunen weggenommen werden. Das Land entlastet sich auf Kosten der Kommunen und das kann nicht hingenommen werden!

Der eigentliche Skandal in diesem Zusammenhang aber ist die Weigerung der Koalition in Magdeburg, eine zukunftsweisende Kreis- und Gemeindereform anzugehen. Das Land kürzt die Zuweisungen, legt der kommunalen Wirtschaft Steine in den Weg und weigert sich, lebensfähige und bezahlbare Gebietskörperschaften zu schaffen. In der Landrätereublik des Herrn Jeziorsky wird der Dorfanger zum Nabel der Welt und der Tellerrand zum Hochgebirge. Lassen wir die Polemik weg: Diese Landesregierung wird ihrer Verantwortung für die Kommunen und besonders für die Oberzentren nicht gerecht.

Ohne Eingemeindungen wird Halle langfristig auch finanziell nicht gesunden. Fällt aber das Oberzentrum Halle als Motor der regionalen Entwicklung aus, leidet der ganze Süden des Landes.

Sehr geehrte Damen und Herren,
die SPD-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag zum Abbau der aufgelaufenen Defizite zustimmen. Die aufgeführten Maßnahmen stellen angesichts der schwierigen Bedingungen einen akzeptablen Kompromiss dar. Die Stadt muss Spielräume für Gestaltung zurückgewinnen. Dazu ist ein genehmigter Haushalt die erste unabdingbare Voraussetzung.

Es gilt aber festzuhalten. Die SPD wird die kommunale Wirtschaft nicht preisgeben. Hier geht es nicht nur um dauerhafte Beiträge der städtischen Unternehmen zum Haushalt.

Es geht auch um die Qualität und Bezahlbarkeit von Leistungen der Daseinsfürsorge für alle Bürger. Wir nehmen erfreut zur Kenntnis, dass die CDU-Fraktion – den Ankündigungen ihres Vorsitzenden an seine Partei zum Trotz – ebenfalls nicht an eine Zerschlagung der kommunalen Unternehmenslandschaft denkt.

Die SPD-Fraktion wird den Prozess der Haushaltskonsolidierung weiter in Verantwortung für die Zukunft begleiten. Unpopuläre Maßnahmen sind bisher an uns nicht gescheitert und werden auch zukünftig nicht an uns scheitern.

Der Stadtrat ist in der Pflicht neue Defizite zu vermeiden. So schwer das ist: Wir werden alle bestehenden kommunalen Leistungen kritisch zu prüfen haben. „Sparen ja, aber nicht gerade hier.“ Sätze wie diese werden in diesem Haus oft gesagt und das können wir uns nicht mehr leisten. Lobbyismus ist legitim, aber der Stadtrat hat aber die Aufgabe, das langfristige Wohl der ganzen Stadt zu sichern. Engagement für Halle mit Herz und Verstand heißt auch, dass man sich mit klarem Verstand von lieb gewordenen Dingen verabschieden muss, auch wenn viel Herzblut geflossen ist.

Wir stimmen der Haushaltssatzung, dem Haushaltsplan und den Vorschlägen zum Defizit-ausgleich zu, weil wir die Stadt vor einer fremd verwalteten Haushaltsführung bewahren und Handlungsfähigkeit heute und in Zukunft sichern wollen.

Wir fordern alle Fraktionen auf, sich nicht aus der Verantwortung für die Stadt zu entlassen und ebenfalls zuzustimmen.“